

Für die Verteidigung einer solidarischen und sozialen Gesellschaft - Nein zum Veteranentag am 15. Juni 2025 auf dem Schlossplatz Karlsruhe!

Der Reservistenverband plant am 15. Juni bundesweit zahlreiche Veranstaltungen zum nationalen Veteranentag der Bundeswehr. Eine dieser Veranstaltungen soll auf dem Schlossplatz in Karlsruhe stattfinden. Der im April 2024 vom Bundestag beschlossene bundesweite Veteranentag der Bundeswehr trägt zur weiteren Militarisierung unserer Gesellschaft bei.

Unsere Gesellschaft darf aber nicht kriegstüchtig, sondern muss friedensfähig werden. Wir rufen deshalb am 15. Juni ab 9.00 Uhr zu einer starken und kreativen Gegenveranstaltung auf dem Schlossplatz Karlsruhe auf!

Die durch die Sonderverschuldung finanzierten Aufrüstungspläne Deutschlands und der EU werden, neben der russischen Aggression in der Ukraine, damit begründet, dass Russland auch aufrüste um EU-Staaten anzugreifen. Wir machen uns über den autoritären und auch imperialistischen Charakter Russlands keine Illusionen, aber die im November 2024 von renommierten Friedensforscher*innen veröffentlichte Studie „Wann ist genug genug?“ über den Vergleich der militärischen Potentiale der Nato und Russlands kommt zu dem Ergebnis, dass die NATO selbst ohne die USA und kaufkraftbereinigt einen mehr als ein Viertel höheren Militäretat hat als Russland. Auch bei der Zahl der Großwaffensysteme und der Anzahl verfügbarer Soldat*innen dominieren die NATO-Staaten.



Trotzdem rüsten die Nato-Staaten 80 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs weiter auf und erhöhen dadurch die Kriegsgefahr enorm. Nicht nur die vom Bundestag beschlossene unbegrenzte Sonderverschuldung für Aufrüstung („whatever it takes“, so der kommende Bundeskanzler Merz), auch die ebenfalls beschlossene Sonderverschuldung in Infrastruktur soll teilweise militärischen Zwecken dienen: Bahnstrecken und Autobahnen sollen auch ausgebaut werden, um Militärtransporte schneller und zuverlässiger durchführen zu können.

Durch die im nächsten Jahr geplante Stationierung von atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen in Deutschland wird sich die drohende Kriegsgefahr weiter beschleunigen. Diese Raketen sind auch potentielle Angriffswaffen und können praktisch ohne Vorwarnzeit binnen Minuten ihr Ziel treffen – eine politische Reaktion ist da kaum mehr möglich.



Anfang April äußerte sich der Präsident des Reservistenverbandes Patrick Sensburg, dass man um Deutschland in der Fläche zu verteidigen bis zu 350.000 Soldaten brauche und fordert die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die Zahl der Reservisten müsse dreimal so hoch sein. Sensburg verwies auf Berechnungen der Nato, wonach bei einem möglichen Krieg an der Ostflanke 5.000 Soldaten täglich sterben könnten.

Wir protestieren gegen diese Kriegspropaganda und fordern diplomatische Initiativen!

Auch die Aufrufe zur „Verteidigungsfähigkeit“ und zur Unterstützung eines möglichen „Aufmarschs“ von 800.000 Soldaten durch Deutschland von Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl und Bundeswehr-Kommandeur Michael Giss fördern eine Geisteshaltung, die Gewalt als legitimes Mittel der Politik rehabilitiert. Fast täglich gibt es weitere Beispiele wie die Bevölkerung durch mentales Aufrüsten an einen drohenden Krieg gewöhnt werden soll, aber:

Jedes militärische Kräftenessen führt zu nur noch mehr Konflikten und jeder Euro, Dollar, Renminbi oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen Menschheitsprobleme wie Pandemien, die Klimakatastrophe oder die zunehmende Armut; darum brauchen wir mehr Geld für zivile Sicherheit!

Statt alles dem Militär unterzuordnen braucht es deshalb gerade jetzt Abrüstung und Diplomatie. Stattdessen wurden in den letzten Jahren die Haushaltsmittel für Krisenprävention, Stabilisierung, humanitäre Hilfe und Friedensförderung zugunsten des Militäretats gekürzt. Auch die von der neuen Regierung angekündigten Kürzungen bei Sozialleistungen zeigen deutlich wie alles staatliche Handeln einer militärischen Sicherheitsunlogik untergeordnet werden soll.

Auch die geplante Reaktivierung der aktuell lediglich ausgesetzten Wehrpflicht verschärft bestehende Konfrontationen weiter. Jugendliche, die für Krieg, Aufrüstung und Militär begeistert werden, entwickeln nicht die notwendigen Fähigkeiten zur Entwicklung friedlicher Lösungen für die Zukunftsprobleme unserer Welt.

Wir fordern dazu auf alle Kriegsdienste zu verweigern!

Wie du den Kriegsdienst verweigern kannst, erfährst du hier: www.verweigern.info



Wir fordern deshalb ein grundsätzliches Umdenken! und so wäre das machbar:



Das **Szenario 2025-2040 „Die Rolle Europas für den Frieden in der Welt“** der Initiative „Sicherheit neu denken“ zeigt eine mögliche nachhaltige europäische Konflikt- und Friedensordnung sowie mögliche souveräne partnerschaftliche Beziehungen zu den verschiedenen Weltregionen: www.sicherheitneudenken.de



**Wehrhaft
ohne Waffen**

Soziale Verteidigung bedeutet sich mit allen Mitteln des gewaltfreien Widerstands gegen Gewalt von innen und außen zur Wehr zu setzen. Wehrhaft ohne Waffen zu sein bedeutet, dass unser Umfeld sozial verteidigt werden soll. Beispiele wie mächtig organisierter, gewaltfreier Widerstand sein kann findet ihr hier: [wehrhaft ohne waffen.de](http://wehrhaftohnewaffen.de)



Wir rufen alle Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und politischen Entscheidungsträger*innen dazu auf, sich der Politik der Militarisierung entgegenzustellen und für eine friedlichere und gerechtere Welt einzutreten. Wir müssen von der Unlogik militärischer Konfrontation zu einer Friedenslogik kommen – gesellschaftliche Sicherheit muss neu gedacht werden.

Bündnis „Verweigern statt Veteranentag“: DFG-VK Karlsruhe, Die Linke Kreisverband Karlsruhe, Friedensbündnis Karlsruhe, Fraktion Die Linke im Karlsruher Gemeinderat, Gewerkschaft NGG Mittelbaden-Nordschwarzwald, Interventionistische Linke Karlsruhe, solid Karlsruhe (Stand 27.04.2025)

c/o: Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen DFG-VK Gruppe Karlsruhe
Sonnhild Thiel & Stefan Lau, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, dfg-vk.karlsruhe@posteo.de